Freiheit für das Denken

Aktionswoche gegen die Ökonomisierung der Universität

Fotos: Hofmann

Am Montag, den 21. Januar 2002, besetzten Studierende verschiedener Fachbereiche das ehemalige Gebäude des Instituts für Roma-nische Sprachen und Literaturen in der Georg-Voigt-Straße 4. Damit protestierten sie im Rahmen einer Aktionswoche zu ›Theorie, Praxis und Party‹ gegen bestimmte Entwicklungen an der Universität Frankfurt.

Etwa 50 Kommilitonen folgten der Aufforderung, Freunde, Sympathisanten und Einrichtungsgegenstände wie Möbel, Pflanzen und Bücher mitzubringen und zogen in ehemalige Räume des Fachbereichs 10 ein. Das frisch renovierte Erdgeschoss wurde zur Tabuzone erklärt, um möglichen Vorwürfen seitens der Uni-Leitung, etwa von ›Sachbeschädigung‹ von vornherein vorzubeugen. Stattdessen wurden die alten Räume im zweiten und dritten Stock friedlich in Beschlag genommen und mit politischen Plakaten, Handzetteln und Zeitungsartikeln dekoriert. Die Räume des zweiten Stocks fungierten tagsüber als Seminarräume und als Küche, während die des dritten Stocks mit Matratzen und Decken ausgestattet als Schlafzimmer genutzt wurden. Sogar studierende Eltern wurden berücksichtigt und ein ›Kinderschlafzimmer‹ eingerichtet.

Die Uni-Leitung, die in Person des Kanzlers Dr. Wolfgang Busch, am Montagvormittag in dem ehemaligen Institut erschien, willigte am späten Nachmittag schließlich ein, das politische Spektakel bis Samstagmittag, den 26. Februar, zu tolerieren.

Unabhängig von dieser Entscheidung gründeten die Studierenden am Montag um 12 Uhr das ›Institut für vergleichende Irrelevanz‹. Zur Eröffnungsfeier waren alle Studierende, Schülerinnen, Alleinerziehende, Arbeitslose, Obdachlose eingeladen, die laut Organisatoren von der Uni-Leitung »irrelevantisiert« worden seien.

Die Kritik der Studierenden richtet sich vor allem gegen die »schleichende Umwandlung der Universität in eine standortgerechte Dienstleistungshochschule«, wie aus einem Informationsblatt hervorgeht. Ziel dieser Aktion war es, »einen Freiraum des Forschens und Feierns zu schaffen« und zwar »jenseits hierarchischer Machtverhältnisse, wie sie in Seminaren oft zwischen Studierenden und Professoren bestehen und eine kritische Reflexion über die Zukunft der Universität anzustoßen«, wie ein studentisches Mitglied des Fachbereichsrates 03 anmerkte. Auch der Umzug auf den Campus Westend wurde kritisiert: Eine transparente Vergangenheitsaufklärung über die Geschichte des IG Hochhauses, gäbe es nicht und die Ausstellung »Von der Grüneburg zum Campus Westend« sei diesbezüglich mangelhaft, meinte ein Politologie-Student.

Sit-in, Go-in, Teach-in, Talk-in: Diskussionen über die ›schleichende Umwandlung der Universität in eine standortgerechte Dienstleistungshochschule‹ waren Teil des Programms der Aktionswoche.

Die Wochentage begannen nach einem gemeinsamen Frühstück, mit einem allmorgendlichen Plenum, um dann in Arbeitsgruppen Themen wie die »neoliberale« Bildungspolitik oder die Studienbedingungen an der Universität Frankfurt zu diskutieren. Außerdem trafen sich die Mitglieder der verschiedenen (Autonomen) Tutorien der Fachbereiche 03, 08 und 10 in dem neugegründeten ›Institut für vergleichende Irrelevanz‹. Auch der ein oder andere Professor setzte einen Fuß in das Gebäude. Politologieprofessor Joachim Hirsch beispielsweise hielt dort ein Seminar ab und erörterte mit den Studierenden die Umstrukturierung der Universitäten. Darüber hinaus wurden politische Filme gezeigt und abends von theoretischen Diskussionen direkt in praktisches Feiern übergegangen. Zur ›Finissage‹ am Freitag Abend legten diverse DJs bis spät in die Nacht auf.

Initiiert wurde die Aktionswoche zum einen von der Gruppe ›Raumspiel‹, die sich konstituiert hatte, um gegen den Beschluss des Fachbereichsrates 03 zu protestieren, der einen Aufnahmestopp von Studierenden zum Sommersemester 2002 angeordnet hatte. Zum anderen rief die AG ›Französische Verhältnisse III‹, die seit dem Streik im Wintersemester 1997/1998 die Situation der Hochschulen diskutiert, alle Tutoren des Fachbereichs auf, eine Streikwoche einzulegen, da die Arbeitsverhältnisse der studentischen Tutoren äußerst prekär seien: Seit 1993 sei der Bruttolohn von weniger als 8 Euro nicht mehr erhöht worden. Tutorinnen fungierten als billige Arbeitskräfte, die teilweise die Arbeit der Professoren übernehmen müssten. Die Arbeitsverträge seien auf vier bzw. fünf Monate beschränkt, so dass es keine Garantie auf Weiterbeschäftigung und somit keine soziale Absicherung gäbe. Dem Aufruf zum Streik folgten etwa 8 Tutoren und darüber hinaus auch die studentischen Hilfskräfte der Fachbereichsbibliothek 03.

Über den Fachbereich 03 hinaus schlossen sich der Aktionswoche auch Kommilitonen anderer Fachbereiche und weitere universitäre Gruppen an, wie beispielsweise das Wahlbündnis ›Linke Liste‹. Auch der AStA unterstützte die Aktion.

Auf wenig Resonanz stieß dagegen die Demonstration am Freitag Nachmittag mit dem Motto »einen Schritt zurück und zwei Schritte vor«, an der sich gerade einmal 30 Studierende beteiligten und über die Senckenberganlage in Richtung Leipziger Straße marschierten.

Den Initiatoren der Aktionswoche ging es nicht nur darum, auf »Missstände« an der Universität Frankfurt aufmerksam zu machen, auch »ungenutzter Raum« sollte »wiederbelebt« werden. Da die Seminare in der Georg-Voigt-Straße 4 teilweise sehr gut besucht waren, scheine es Bedarf an Räumen zu geben – gerade für alternative Veranstaltungen unabhängig vom regulären Lehrbetrieb.

Insgesamt gesehen zogen die Organisatoren ein äußerst positives Resümee der Woche. Nun müsse eine schöpferische Pause eingelegt werden, um die Aktion angemessen zu reflektieren. Die Arbeitsgruppen würden in Zukunft ihre Diskussionen weiter führen. Außerdem plane man eine Vernetzung über die Uni hinaus, wie zum Beispiel mit IGL 21 (Initiative für gemeinsames Leben im 21. Jahrhundert). Schließlich sollen konkrete Forderungen für die Verbesserung der Arbeitsverhältnisse der studentischen Hilfskräfte formuliert werden. Auch das Verhalten der Uni-Leitung gegenüber dieser Aktionswoche wurde von den Studierenden thematisiert. Die Bewertungen fielen unterschiedlich aus, aber einige räumten ein, Präsident Steinberg und Kanzler Busch hätten sich auch weniger tolerant zeigen können.

Andrea Teuscher

Podiumsdiskussion

Falsch studiert? Lehren die deutschen Hochschulen am Arbeitsmarkt vorbei?

Im Rahmen einer Podiumsdiskussion, die die Juso-Hochschulgruppe organisiert hatte, diskutierten drei Vertreter aus Wirtschaft, Politik und Hochschule über ein angesichts der momentanen Arbeitsmarktlage sehr aktuelles und brisantes Thema: ›Falsch studiert? Lehren die deutschen Hochschulen am Arbeitsmarkt vorbei?‹

Über eine Stunde sprachen Dr. Josef Hahn von der Siemens Axiva GmbH & Co. KG, Prof. Hans Schneider, GEW, und Michael Meier, Referent der Frankfurter Bundestagsabgeordneten Gudrun Schaich-Walch, über Kriterien bei der Einstellung, kürzere Studiengänge, alternative Abschlüsse wie Bachelor und Master, mögliche Formen der Weiterbildung und die Rolle, die Politik und Wirtschaft in diesem Zusammenhang spielen.

Die persönlichen Erfahrungen darüber, wie gut die Hochschulen auf die spätere Berufstätigkeit vorbereiten, waren in der Diskussionsrunde verschieden. Oft liegen Welten zwischen der Wissenschaft, die an der Uni gelehrt wird und den Fähigkeiten, die im Berufsleben erwartet werden. Am Arbeitsplatz, so berichtete der Physiker Josef Hahn, trete plötzlich ein zielorientiertes Vorgehen mit Faktoren wie Kosten, Terminen und Qualität in den Vordergrund. Faktoren, die während seines Studiums keine oder nur wenig Beachtung fanden. Zudem seien Studierende an Hochschulen oft Einzelkämpfer, während in der Industrie häufig in Teams gearbeitet wird.

Foto: Hofmann

Prof. Schneider dagegen hat diese Erfahrungen nicht gemacht. Er unterrichtet das, was er einst an der Hochschule gelernt hat. Ein wichtiger Lerneffekt des Studiums ist seiner Meinung nach, selbst Wege zu suchen und zu finden, eben selbstständig zu werden.

Was die Studiendauer und die Frage, ob die Studienzeiten in Deutschland zu lang sind, betrifft, waren sich die drei Diskussionsteilnehmer einig: Wichtig ist nicht in erster Linie die Dauer, sondern dass der Studienabschluss anerkannt ist. Um in den USA einen Masterabschluss zu erwerben, brauche man auch fünf Jahre, erklärte Michael Meier. Bei der Einstellung neuer Mitarbeiter achtet Josef Hahn vor allem auf die Noten und darauf, ob der Bewerber ordentlich studiert hat. Bezüglich des Studienabschlusses vergleicht er, ob die verschiedenen Abschlüsse gleichwertig sind. Es steht nicht automatisch von vorn herein fest, dass der Betriebswirt hinter einem Bewerber mit MBA-Abschluss zurückstehen muss. Entscheidend ist für ihn bei der Einstellung auch die Persönlichkeit, die er aus der Bewerbung heraus zu erahnen versucht. Oftmals habe er allerdings den Eindruck, berichtet Josef Hahn, dass Studierende eines internationalen Studiengangs besser wissen, was sie wollen und ihr Ziel strenger verfolgen. Prof. Schneider sieht einen Vorteil der Bachelor- bzw. Masterstudiengänge darin, dass sie wesentlich flexibler sind. Während man sich bei ihnen nur für drei Jahre festlege, begebe man sich bei uns mit der Wahl eines Studiengangs oft in eine Einbahnstraße.

Auch nach dem Studium oder dem Eintritt ins Berufsleben ist es oft wichtig, sich im Sinne eines lebenslangen Lernens noch einmal weiterzubilden und seine Kenntnisse in eine bestimmte Richtung zu vertiefen. Während Prof. Schneider hier den Staat in der Verantwortung für die Förderung sieht und die Auffassung vertritt, dass die Förderungsdauer nicht mit 28 Jahren enden dürfe, glaubt Michael Meier, dass die Wirtschaft in Zukunft eine größere Rolle spielen wird.

Zu einer universal gültigen Antwort auf die thematische Frage ›Lehren die deutschen Hochschulen am Arbeitsmarkt vorbei?‹ kamen die Diskussionsteilnehmer in ihrem Gespräch nicht. Die Wirtschaft kann, laut Josef Hahn, zur Ausbildung einen guten Beitrag in Form von Praktika leisten, bei denen Praxiserfahrung gesammelt und Kontakte geknüpft werden können. Die Vermittlung von Fachwissen muss aber nach wie vor an den Hochschulen geschehen. Prof. Schneider stellte abschließend fest, dass der Druck auf die Hochschulen und auf Professoren, die sich als reine Wissenschaftler verstehen und nicht auf den Arbeitsmarkt vorbereiten, in Zukunft durch die Entstehung von Privat-Unis immer größer werden wird.

Claudia Butter